

LAGE DER KRIEGSVERTRIEBENEN IN SLOWENIEN, KROATIEN UND BOSNIEN-HERZEGOWINA

Bericht über die Dienstreise vom 5. bis 8. Mai 1993



BUNDESAMT FÜR
FLÜCHTLINGE

KOORDINATOR FÜR
INT. FLÜCHTLINGSPOLITIK



24. Mai 1993 AM/Bet/Zi

Bericht über die Dienstreise vom 5. - 8. Mai 1993 nach Slowenien, Kroatien und Bosnien-Herzegowina

1. Ausgangslage und Auftrag

Seit dem Ausbruch des Konflikts im ehemaligen Jugoslawien ist die Schweiz mit den Auswirkungen des Krieges im Flüchtlingsbereich unmittelbar konfrontiert. Im Vordergrund steht dabei die Hilfe vor Ort sowie die international koordinierte Aufnahme von Kriegsvertriebenen in unserem Land. Im weiteren sind die Aufenthaltsregelungen von bereits hier anwesenden Staatsangehörigen des ehemaligen Jugoslawien neu zu gestalten bzw. zu verlängern.

Der Bundesrat hat bisher 75 Millionen Franken für Projekte des Schweizerischen Katastrophenhilfskorps, für humanitäre Hilfsprogramme des UNHCR und des IKRK sowie für Projekte der privaten Hilfswerke zur Verfügung gestellt. Dem Aufnahmeprogramm zugunsten von 2'000 Kriegsvertriebenen im Sommer 1992 folgte die Aufnahme von rund 1'500 freigelassenen Kriegsgefangenen und ihren Familienangehörigen, welche per Luftbrücke in die Schweiz einreisen konnten und hier Asyl erhielten.

Vor diesem Hintergrund versuchte die Delegation Antworten auf folgende Fragen zu erhalten:

- Situation der Kriegsvertriebenen in Slowenien; Folgen der Aufnahme einer grossen Zahl von Kriegsvertriebenen in einer ausserordentlichen Lage
- Situation der Kriegsvertriebenen in Kroatien; Einreisemöglichkeiten für Vertriebene aus Bosnien-Herzegowina
- Aktuelle Lage in Bosnien-Herzegowina; Auswirkungen der Annahme bzw. des Scheiterns des Vance-Owen-Plans auf die humanitäre Hilfe
- Problematik der Aufnahme von Vergewaltigungsopfern sowie von Waisenkindern in der Schweiz.

2. Reiseprogramm und Gesprächspartner

Die Delegation benutzte im Hinflug die Sondermaschine der Balair nach Ljubljana/Slowenien, welche 200 freigelassene Kriegsgefangene und Familienangehörige abholte. Die anschliessende Reise der Delegation wurde zeitlich bewusst auf drei Tage verdichtet, weil nicht ein vertieftes Studium der Lage Ziel der Mission war, sondern die gezielte Abklärung von Fragen im Zusammenhang mit der Hilfe vor Ort bzw. mit dem Aufnahmeprogramm der Schweiz.

Der Besuch beim slowenischen Amt für Zivilschutz erfolgte auf Einladung von Direktor Bojan USENICNIK, welcher am 10. September 1992 im Kanton Bern weilte.

2.1 Delegation

Urs BETSCHART	Vizedirektor, Bundesamt für Flüchtlinge, EJPD
Peter HÄLLER	Abteilungschef, Bundesamt für Flüchtlinge, EJPD
Markus-Alexander ANTONIETTI	Stellvertreter des Koordinators für internationale Flüchtlings- politik, EDA
Peter RAINER	Koordinator der SFH und des BFF für die Aufnahmeaktionen, Zagreb

2.2 Reiseprogramm

5. Mai 1993

Flug Zürich - Ljubljana, Besuch des Amtes für Zivilschutz und des Amtes für Einwanderer und Flüchtlinge, Besichtigung von Flüchtlingsunterkünften.

6. Mai 1993

Fahrt nach Zagreb, Besuch der Schweizer Botschaft in Zagreb, Gespräche mit dem Schweizer Botschafter in Kroatien, dem UNHCR sowie der CARITAS Zagreb.

7. Mai 1993

Flug Zagreb - Split, Gespräch mit Vertretern des IKRK und Besichtigung von Flüchtlingslagern in Bosnien-Herzegowina.

8. Mai 1993

Rückflug Zagreb - Zürich.

2.3 Wichtigste Gesprächspartner

- Bojan USENICNIK, Direktor des slowenischen Amtes für Zivilschutz
- Renato KRANJC, Direktor des slowenischen Amtes für Einwanderer und Flüchtlinge
- Jaques RIAL, Schweizer Botschafter in Kroatien
- José Maria MENDILUCE, Sonderbeauftragter des UNHCR für das ehemalige Jugoslawien
- Jelena BRAJSA, Direktorin der CARITAS Zagreb
- Patrick K. GASSER, IKRK, Head of Subdelegation, Split
- Branko LEKO, Präsident des Roten Kreuzes von Herceg-Bosna.

3. Kriegsvertriebene in Slowenien

Knappe zwei Jahre nach Erlangen der Unabhängigkeit sind vergangen und die Republik Slowenien hat den Aufbau der verschiedenen Regierungsdienste und Aemter grossteils abgeschlossen. Die wirtschaftliche Rezession verursachte allerdings zusammen mit den Wirtschaftsreformen grosse Strukturänderungen. Die Arbeitslosigkeit beträgt jetzt 15% und das Bruttosozialprodukt fiel von 8'658 US-Dollar pro Einwohner (1990) auf knapp 6'000 US-Dollar.

Die schwierigere Wirtschaftslage hat dazu geführt, dass dem slowenischen Amt für Einwanderer und Flüchtlinge unter seinem Direktor Renato KRANJC 1993 weniger Mittel zur Verfügung stehen. Waren es in den letzten sieben Monaten des Vorjahrs noch 29 Millionen US-Dollar, so beträgt das Budget 1993 20 Millionen US-Dollar. Zur Deckung der Betreuungs- und Unterbringungskosten der Kriegsvertriebenen werden monatlich 5 Millionen US-Dollar benötigt.

Der Anteil Vertriebener (DP) pro Einwohner ist stabil geblieben. Er beträgt für

Slowenien 1:28 (70'000 DP auf 2 Millionen Einwohner).

Die Kriegsvertriebenen sind grossteils privat untergebracht. In 43 staatlichen Lagern (ehemalige Kasernen und Schulhäuser) leben 13'000 Menschen. Eine aktive Integrationspolitik wird nicht betrieben. Vielmehr entsteht in den Grossunterkünften der Eindruck von mehr oder weniger isolierten Zonen mit der Wartesaalatmosphäre eines stillgelegten Bahnhofs. Der Direktor des slowenischen Amtes für Einwanderer und Flüchtlinge verweist besonders auf die kulturellen Gegensätze zwischen den Vertriebenen aus Bosnien (70% aller DP) und der einheimischen Bevölkerung. Dies gilt auch für die 140'000 Bosnier, die einen slowenischen Pass besitzen.

Die spärliche, staatlich organisierte Betreuung der Kriegsvertriebenen (durchschnittlich 1 Betreuer für 40 Kriegsvertriebene) wird ergänzt durch eine starke Förderung der Eigenverantwortlichkeit. So organisieren geflüchtete bosnische Lehrer mit primitiven Mitteln einen geordneten Schulunterricht in den Lagern. In improvisierten Werkstätten werden die Vertriebenen beschäftigt und die Produkte via Zwischenhändler beispielsweise nach Italien abgesetzt. Ausländische Jugendliche versuchen im Rahmen von freiwilligen Ferieneinsätzen, das Los der Langeweile ihrer bosnischen Altersgenossen durch Spiel, Musik und dergleichen zu mildern.

Die medizinische Betreuung ist ausreichend und professionell organisiert. Medikamente werden mehrheitlich vom Ausland gratis geliefert (nicht immer vollständig bedarfsgerecht, wie vor kurzem, als in Slowenien 5 Tonnen Malariamedikamente eintrafen).

Interessantes Detail am Rande war die Erwähnung einer Sondersteuer für Flüchtlinge. Slowenien erhob diese einmalige Steuer 1992 und verwendete den Erlös von mehr als 10 Millionen Franken zur Renovation und zum Ausbau von Flüchtlingsunterkünften. Die schweizerische bilaterale Hilfe und die Projekte des SKH wurden dankbar vermerkt.

Die slowenische Regierung beschloss, ab 10. August 1992 keinem Kriegsvertriebenen mehr einen "temporary protected status" (TPS), vergleichbar unserer vorläufigen Aufnahme, zu gewähren. De facto sind zu den bis dahin registrierten 36'000 Kriegsvertriebenen weitere 34'000 Personen aufgenommen worden. Das am 1. Juli 1992 gegründete Amt für Einwanderer und Flüchtlinge (mit total 8 Personalstellen!) hat nun dem Parlament vorgeschlagen, alle Kriegsvertriebenen zu registrieren und damit auch einen einheitlichen Status für alle DP zu schaffen. Als weiteres Vorhaben sind die Vorbereitungen zum Erlass eines Migrationsgesetzes angelaufen. Dieses soll die bestehenden Gesetze über Ausländer, die Staatsbürgerschaft, die Beschäftigung von Ausländern und das Ueberqueren der Staatsgrenzen ergänzen.

4. Kriegsvertriebene in Kroatien

Die Lage im Vertriebenenbereich hat sich in den letzten Monaten merklich entspannt. Durch Abreisen in europäische Drittländer, Rückkehr von kroatischen Vertriebenen in ihre Heimatorte und Elimination der Doppelregistrierungen ist der Anteil Vertriebener (DP) pro Einwohner gesunken. Er beträgt für

Kroatien 1:8,5 (571'000 DP, inkl. DP in von der UNO gesicherten UNPA's auf 4,9 Millionen Einwohner).

Die kroatische Regierung kennt allerdings nach wie vor enorme Probleme im Vertriebenen- und Flüchtlingsbereich. Laut offiziellen Zahlen sollen dafür an die 1,5 Milliarden Franken ausgegeben worden sein. Monatlich muss Kroatien 140 Millionen Franken aufbringen (nach dem Zahlenschlüssel der internationalen Hilfe gehen 20,9 %

der Hilfgelder an die Regierung in Zagreb) was die Budgetmittel bei weitem übersteigt.

Seit den schärferen Grenzkontrollen zu Bosnien-Herzegowina ist die Zahl bosnischer Vertriebener auf 238'000 gesunken. Die Kämpfe zwischen bosnischen Kroaten und Muslims in Zentralbosnien dürften auch Auswirkungen für die Aufnahme von Kriegsvertriebenen zeitigen.

Die Freilassung von Kriegsgefangenen ist vorerst gestoppt worden. Nachdem es dem IKRK gelungen war, Tausende von bosnischen Lagerhäftlingen aus den serbischen Gefangenenlagern in Manjaca, Trnopolje und Omarska (im Norden von Bosnien-Herzegowina gelegen) zu befreien, sind in den vergangenen Wochen sämtliche weiteren Verhandlungen gescheitert. Weder die serbische, die kroatische noch die muslimische Seite ist bereit, weitere Häftlinge freizulassen. Die dem UNHCR angebotenen Aufnahmekontingente von Drittstaaten (u.a. der Schweiz) werden daher momentan nicht benötigt.

Das Bundesamt für Flüchtlinge konzentriert seine Anstrengungen in enger Zusammenarbeit mit der Schweizer Botschaft in Zagreb zur Zeit auf die Suche von Familienangehörigen von bereits aufgenommenen Kriegsgefangenen, welche noch in Bosnien-Herzegowina weilen.

Nach wie vor hat die Schweizer Botschaft in Zagreb eine grosse Zahl von Einladungsschreiben zu behandeln. Die ohnehin aufwendige Arbeit der Visaerteilung wird erschwert durch die Tatsache, dass die Kantone die unterschiedlichsten Formulare verwenden und das Bewilligungsverfahren ebenfalls nicht einheitlich gehandhabt wird. Die Abriegelung der kroatischen Grenze zu Bosnien-Herzegowina hat die Halbierung der Visagesuche bewirkt.

5. Kriegsvertriebene in Bosnien-Herzegowina

Die Lage in Bosnien übersteigt die abstrakte Vorstellungskraft. Soeben aus Sarajewo und Tuzla zurückgekehrt, gibt José Maria MENDILUCE, Sonderbeauftragter des UNHCR für das ehemalige Jugoslawien, der Delegation eine nüchterne Schilderung der sterbenden Welt der bosnischen Muslims. Er dankt einleitend wärmstens für die schweizerische Hilfe und die vorbildliche Zusammenarbeit im Bereich der Auswahl und Aufnahme von Kriegsvertriebenen.

In Bosnien-Herzegowina benötigen 2'280'000 Millionen Menschen, grösstenteils Muslims, Hilfe! Zwischen 500-700'000 Familien sind auseinander gerissen worden. Die humanitären Organisationen sind an den Grenzen ihrer Mittel und allein das WFP (World Food Programm) gibt täglich 1,5 Millionen US-Dollar für Nahrungsmittelhilfe aus. Vor Ort steht die Hilfe in Ost- und Zentralbosnien im Mittelpunkt. Nach dem militärischen Fall von Srebrenica können 65'000 Menschen auf dem Landweg knapp versorgt werden, allerdings ist die Trinkwasserversorgung zusammengebrochen. Schwieriger ist die Hilfe in Zepa und Gorazde, wo mehr als 150'000 Muslims sich einer serbischen Offensive erwehren. Sollte eine der beiden Städte demnächst

erobert werden, sind weitere Flüchtlingsströme in Richtung Sarajewo und Tuzla und damit verbundene "ethnische Säuberungen" zu erwarten.

Die lebenswichtigen Mehlvorräte (wheat flour) reichen noch für wenige Tage. Die Gespräche MENDILUCES mit Mate BOBAN, dem Führer der bosnischen Kroaten, zur Wiederaufnahme der Hilfslieferungen, sind gescheitert.

In Zentralbosnien gehen die Kroaten mit äusserster Härte gegen Muslims vor. Als neue Taktik werden die Verbindungen zum Nordosten (Travnik, Zenica, Sarajewo und Tuzla) abgeriegelt und die Muslims ausgehungert. Sollten die "ethnischen Säuberungen" auch hier konsequent betrieben werden, ist mit einer Vertreibung von über 300'000 Personen (Muslims nach Nordosten; Kroaten nach Süden, d.h. Richtung Herzeg-Bosna) zu rechnen.

Ungewiss ist sodann das Schicksal der rund 200'000 Muslims, welche in der sogenannten "Tasche von Bihac" von Serben eingekesselt sind. Eine militärische Offensive auf die Stadt und ihre Umgebung könnte innert Tagen zu einem neuen Flüchtlingsstrom in Richtung Kroatien/Slowenien führen.

Das UNHCR ist sich bewusst, dass bei einer Annahme des Vance-Owen-Plans die Rückführung der Vertriebenen und die humanitäre Hilfe alle bisherigen Anstrengungen in den Schatten stellen werden. Man geht davon aus, dass dann der "Exodus" stattfinden und eine Umsiedlung allergrössten Ausmasses erfolgen wird. An ein Zusammenlegen von Serben, Muslims und Kroaten auf bosnischem Boden ist kaum mehr zu denken.

Diese düstere Einschätzung wird durch die Tatsache bestätigt, dass die bosnischen Kroaten und Serben die Bildung autonomer Teilstaaten intensiv vorantreiben. Dies zeigt sich nicht nur im militärischen Bereich, sondern auch in der Einführung und in der Verwendung entsprechender staatlicher Symbole (Staatswappen, eigene Autokennzeichen, Uniformen, Grenzstempel etc.).

6. Vergewaltigungsproblematik und Aufnahme von Waisenkindern

Die in verschiedenen Medien besonders hervorgehobene Thematik der Vergewaltigungen (sogenannte Vergewaltigungslager) hat diesen Aspekt zeitweise ins Zentrum des Geschehens rücken lassen. Es bot sich Gelegenheit, sowohl mit Vertretern des UNHCR, als auch des IKRK darüber zu sprechen. Ein Besuch des Projektes "Frauen in Not" durchgeführt von der CARITAS Zagreb (unterstützt u.a. von CARITAS Schweiz) vermittelte direkte Eindrücke.

Es hat sich gezeigt, dass unsere Strategie der Behandlung vor Ort richtig ist. Die Ermittlungen in diesem äusserst heiklen Bereich sind schwierig und die Betroffenen schweigen meistens. Die herumgebotenen Zahlen von 20'000 und mehr vergewaltigten Frauen sollten deshalb mit Zurückhaltung aufgenommen werden. Frau Jelena BRAJSA,

es wurden keine Bundesmittel beansprucht

Direktorin der CARITAS Zagreb, bezeichnet Behandlungen in einem fremden Kulturkreis schlichtweg als "Blödsinn Nummer Eins". In vier eigenen Häusern bietet sie den betroffenen Frauen vor allem Ruhe, Schutz und Geborgenheit an. Die Betreuung mit mobilen Teams ist ganz auf die Bedürfnisse der betroffenen Frauen ausgerichtet. Gefragt ist vor allem Zurückhaltung und Geduld.

Alle Gesprächspartner schätzen das Gelingen von "ganzheitlichen" Therapien im Ausland als gering ein. Zudem ist die Gefahr der Stigmatisierung der vergewaltigten Frauen bei einer Ausreise in Gruppen sehr reell, und sie kann zu weiteren schweren psychischen Belastungen führen.

Im Lichte der obigen Aussagen, wäre ein allfälliger Beitrag des Bundes für das Projekt "Frauen in Not" prüfenswert.

wir sind
nicht
angefragt
worden ...

Verschiedene Organisationen haben in den vergangenen Monaten vom Bundesrat gefordert, eine grosse Zahl von Waisenkindern in der Schweiz aufzunehmen. Ein konkretes Projekt wurde von den beiden Präsidenten des National- und des Ständerates unterstützt.

Die mit den Experten vor Ort geführten Gespräche haben bestätigt, dass die ablehnende Haltung gegenüber speziellen Aufnahmeprogrammen für Kinder richtig ist. Das UNHCR unternimmt grosse Anstrengungen, unbegleitete Kinder vor Ort zu betreuen und durch die Flucht getrennte Familien wieder zusammenzuführen. In der traditionellen Grossfamilie gibt es zudem immer Anknüpfungspunkte, auch wenn die Eltern nicht mehr auffindbar sind. Sowohl die zeitlichen als auch die örtlichen Aspekte der Trennung sind für die Kinder von grösster Bedeutung. Die Ausreise in weit entfernte Länder kann dazu führen, dass die betroffenen Kinder nicht nur ihre Eltern, sondern auch ihre Verwandten und Bekannten für immer verlieren.

7. Zusammenfassung

In *Slowenien* hat sich die Lage im Zusammenhang mit der Aufnahme von Kriegsvertriebenen insofern beruhigt, als die Behörden nicht zuletzt dank grosszügiger ausländischer Hilfe die Versorgung und Betreuung sicherstellen können. Da eine baldige Rückkehr der Kriegsvertriebenen nach Bosnien-Herzegowina nicht absehbar ist, tritt die Problematik der Integration in die slowenische Gesellschaft zunehmend in den Vordergrund.

Die Lage im Vertriebenenbereich hat sich in *Kroatien* in den vergangenen Monaten eher entspannt. Seit der Schliessung der Grenzen zu Bosnien-Herzegowina und der Weiterreise von Bosnier in Drittstaaten ist die Zahl der Kriegsvertriebenen deutlich gesunken.

Die *schweizerische Hilfe vor Ort* wird als vorbildlich erwähnt. Die vom Bundesrat soeben beschlossene Fortsetzung der Hilfe an das UNHCR und das IKRK ist angesichts der akuten Not dringend erforderlich.

Die gezielte und international koordinierte *Aufnahme von Kriegs-vertriebenen* wird ebenfalls sehr lobend verdankt. Die von der Schweiz vor Ort durchgeführte Auswahl sowie die Begleitung der Kriegsvertriebenen in die Schweiz wird sehr geschätzt.

Obwohl die Verhandlungen um die Freilassung weiterer *Kriegsgefan-gener* derzeit blockiert sind und die von Drittstaaten zur Verfügung gestellten Aufnahmekontingente nicht ausgeschöpft werden können, ist angesichts des Kriegsverlaufes mit weiteren grösseren Flüchtlingsströmen zu rechnen.

Von speziellen Aufnahmeprogrammen zugunsten von *Vergewaltigungsop-fern und Waisenkindern* raten sämtliche Spezialisten ab. Viel ef-fektiver ist die Hilfe vor Ort, da sie eine bessere Reintegration gewährleistet.

BUNDESAMT FÜR FLÜCHTLINGE

U Betschart

Urs Betschart

KOORDINATOR FÜR INTERNATIONALE
FLÜCHTLINGSPOLITIK i. A.

Antonietti M. A.

M.-A. Antonietti

Beilagen:

1. Refugees in Slovenia, Auszug aus der Informationsschrift des Amtes für Einwanderer und Flüchtlinge, Ljubljana, April 1993
2. Information Notes on former Yugoslavia, UNHCR Zagreb, 6. Mai 1993
3. Situation Report on the Programme for Bosnian Ex-Detainees, UNHCR Zagreb, 6. Mai 1993
4. Uebersicht über die Aufnahmeaktionen zugunsten von Kriegsvertriebenen, BFF, 30. April 1993
5. Guidelines on Appropriate Approaches / Response to the Situation of Women Victims of Rape and other Forms of War Violence in Former Yugoslavia, UNHCR Zagreb, Februar 1993

(K)

an	AMUTAM HOW FM	afa
Datum	28.5.28.5	
Visa	And	F&R
28. MAI 1993		
Ref.	0.222 Young.	

Kopie an:

EJPD

- Herrn Bundesrat Arnold Koller
- Generalsekretariat EJPD
- Bundesamt für Ausländerfragen
- Bundesamt für Flüchtlinge:
 - . Mitglieder DIR
 - . Mitglieder HABR-HAF
 - . Fo, Sct
 - . Sek. Länderinformation u. Lageanalyse (2 Expl.)

EDA

- Herr Staatssekretär Jakob Kellenberger
- Generalsekretariat
- Direktion für internationale Organisation
- Direktion für Völkerrecht
- Sektion für Menschenrechte
- Direktion für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe
- Schweiz. Katastrophenhilfekorps, Sek. humanitäre und Nahrungsmittelhilfe
- Politische Abteilung I
- Politische Abteilung III
- Politisches Sekretariat
- Europaratsdienst
- Schweiz. Botschaft Zagreb
- Schweiz. Botschaft Budapest
- Schweiz. Botschaft Belgrad
- Ständige Mission bei den internat. Organisationen in Genf
- AM (12 Expl.)

SFH

- Herrn Peter Rainer, Zagreb